

Senatsbeschlüsse

der 194. Sitzung des Senats

am 15.01.2019, 11:15 Uhr

4719.) Ausbildungsplanung 2019
(Vorlage 2627/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 21.12.2018)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 21.12.2018 die Einstellung von 48 Auszubildenden im Ausbildungsberuf „Verwaltungsfachangestellte/ Verwaltungsfachangestellter“ zum 1. September 2019.
2. Der Senat beschließt die Einstellung von 2 Lebensmittelkontrolleurinnen oder –kontrolleuren zum 1. August 2019.
3. Der Senat beschließt die Einstellung von 62 Verwaltungsinspektor-Anwärterinnen bzw. Anwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Allgemeine Dienste im Dualen Studiengang Public Administration zum 1. September 2019.
4. Der Senat beschließt die Einstellung von 13 Verwaltungsinspektor-Anwärterinnen bzw. Anwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Allgemeine Dienste im Dualen Studiengang IT Management, Consulting & Auditing zum 1. September 2019.
5. Der Senat beschließt die Schaffung von einer Stelle (1 Stelle) für eine Medienpädagogin/ einen Medienpädagogen an der Verwaltungsschule der Freien Hansestadt Bremen zum 1. Mai 2019.
6. Der Senat beschließt die Schaffung einer Stelle (1 Stelle) für eine Pädagogin/ einen Pädagogen für den Schwerpunkt „Sprache/Bürgerservice“ an der Verwaltungsschule der Freien

Hansestadt Bremen zum 1. Mai 2019 und deren Finanzierung für einen Zeitraum von 5 Jahren.

7. Der Senat beschließt die Einstellung von 22 Sozialinspektor-Anwärterinnen bzw. Anwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Gesundheits- und soziale Dienste im Studiengang Soziale Arbeit Dual zum 1. September 2019.
8. Der Senat beschließt die Einstellung von 2 Technischen Oberinspektor-Anwärterinnen und Technischen Oberinspektor-Anwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Technische Dienste für den Bereich Geoinformation zum 1. September 2019.
9. Der Senat beschließt die Einstellung von 200 Polizeikommissar-Anwärterinnen und Polizeikommissar-Anwärtern zum 1. Oktober 2019. Der Senat ermächtigt die HfÖV Bremen zur Sicherstellung der räumlichen Kapazitäten weitere Räume anzumieten. Der Senat beschließt zur Abdeckung der fachtheoretischen Lehre die Aufstockung des Lehrpersonals an der HfÖV Bremen um 4 Stellen.
10. Der Senat beschließt die Einstellung von 15 Brandmeister-Anwärterinnen und Brandmeister-Anwärtern für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt in der Fachrichtung Feuerwehr zum 1. April 2019. Weitere 4 Brandmeister-Anwärterinnen und Brandmeister-Anwärter werden zum 1. Oktober 2019 eingestellt. Darüber hinaus beschließt der Senat die Einstellung von einer Oberbrandmeister-Anwärterin oder einem Oberbrandmeister-Anwärter zum 01.10.2019.
11. Der Senat beschließt die Einstellung von 21 Justizfachangestellten für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt in der Fachrichtung Justiz zum 1. September 2019.
12. Der Senat beschließt die Einstellung von 15 Rechtspfleger-Anwärterinnen und -Anwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Justiz zum 1. Oktober 2019.

13. Der Senat beschließt die Einstellung von 15 Obersekretär-Anwärterinnen und -Anwärtern im Justizvollzugsdienst zum 01.10.2019. Zum 01.01.2020 werden weitere 15 Obersekretär-Anwärterinnen und –Anwärter für diesen Bereich eingestellt.
14. Zu Sicherstellung der fachtheoretischen Ausbildung für den Justizvollzugsdienst beschließt der Senat die Bereitstellung einer ¼ Stelle an der Verwaltungsschule der Freien Hansestadt Bremen.
15. Der Senat beschließt die Einstellung von 32 Steueranwärterinnen und Steueranwärtern für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt in der Fachrichtung Steuerverwaltung zum 1. September 2019.
16. Für die Fachrichtung der Steuerverwaltung beschließt der Senat die Einstellung von 25 Finanzanwärterinnen und Finanzanwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt zum 1. Oktober 2019.
17. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die Auszubildenden in den personalbedarfsbezogenen Ausbildungsgängen nach der Beendigung der Ausbildung in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen werden, soweit nicht personen- oder verhaltensbedingte Gründe entgegenstehen und entsprechende Stellen sowie Haushaltsmittel für eine Übernahme zur Verfügung stehen.
18. Der Senat beschließt zum 1. September 2019 die Einstellung von 80 Auszubildenden in diversen Ausbildungsberufen nach dem BBiG beim Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ).
19. Der Senat beschließt die Schaffung einer Stelle für eine sozialpädagogische Kraft beim AFZ, um die Betreuung und Begleitung von Auszubildenden sicherzustellen, die psychische oder soziale Probleme haben und für die Betreuung und Begleitung des Studiengangs Soziale Arbeit Dual.
20. Der Senat beschließt die Einstellung von 135 Praktikantinnen und Praktikanten zum 1. August 2019 im Anerkennungsjahr zur Erzieherin/zum Erzieher und die Einstellung von 55 Praktikantinnen und

Praktikanten zum 1. April 2019 im Anerkennungsjahr zur Sozialpädagogin/zur Sozialarbeiterin oder zum Sozialpädagogen/zum Sozialarbeiter.

21. Der Senat beschließt die Reduzierung der Freistellungen für die geförderten Studierenden des weiterbildenden Masterstudiengangs „Professional Public Decision Making“ von 180 auf 140 Wochenstunden pro Semester. Gleichzeitig beschließt der Senat die Schaffung von zwei weiteren Studienplätzen in diesem Masterstudiengang für Beschäftigte aus dem Bereich „Soziale Arbeit“, die durch die Senatorin für Finanzen finanziell gefördert werden.
22. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, den Senator für Inneres und den Senator für Justiz und Verfassung die bisherigen Marketingmaßnahmen auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen und gegebenenfalls weitere Maßnahmen zu entwickeln, damit der öffentliche Dienst des Landes und der Stadtgemeinde Bremen von vielen, potenziellen Bewerberinnen und Bewerbern als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen wird und auch in Zeiten der zurückgehenden Schulabgangszahlen auf dem Ausbildungsmarkt konkurrenzfähig bleibt.
23. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen zu prüfen, ob die für 2019 vorgesehene Neueinstellung von Praktikantinnen und Praktikanten im Anerkennungsjahr für den Beruf der Erzieherin oder des Erziehers dem in diesem Bereich entsprechenden Bedarf genügt und ob ggf. Mittel, die durch die Nichtinanspruchnahme von Ausbildungsangeboten des AFZ in Ausbildungsberufen nach dem BBiG frei werden, dafür genutzt werden können, um für diese Praktika zusätzliche Ausbildungskapazitäten zu schaffen.
24. Der Senat beschließt die Einstellung von bis zu 130 jungen Geflüchteten in die Einstiegsqualifizierung ab dem 01.09.2019 beim AFZ. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen zur Realisierung des Vorhabens Kooperationen mit der Handelskammer Bremen und der Handwerkskammer Bremen einzugehen.

25. Der Senat bittet, die für die Ausbildungsplanung 2019 für den Zeitraum von 2019 bis 2023 erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 34.695.499,00 Euro in das weitere Haushaltsaufstellungsverfahren einzubeziehen.

26. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die Ausbildungsplanung 2019 an den parlamentarischen Haushalts- und Finanzausschuss weiterzuleiten und die erforderlichen Beschlüsse einzuholen, damit die Haushaltsmittel für die entstehenden Personal- und Sachausgaben zur Verfügung gestellt und Einstellungszusagen erteilt werden können.

4720.) "Zukunft der ehemaligen "Teppich-Börse Bremen" in der Duckwitzstraße"
(Anfrage der Fraktion der FDP - S 03)
(Vorlage 2628/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2628/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

4721.) Vorhabenbezogenen Bebauungsplan 137
(zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan)
zur Errichtung eines Bürogebäudes in Bremen-Horn-Lehe zwischen der Universitätsallee, Enrique-Schmidt-Straße, Max-von-Laue-Straße und dem Autobahnzubringer Universität
(Bearbeitungsstand: 04.07.2018)
(Vorlage 2629/19)

Beschluss:

Der Senat schließt sich dem Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft an und beschließt, den vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 137 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) entsprechend der Vorlage 2629/19 der Stadtbürgerschaft zur Beschlussfassung zuzuleiten.

4722.) "Bahnlärm verringern – bundesweit einheitliche Grenzwerte festlegen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2630/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2630/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD mit der Maßgabe folgender Änderung zu:
In der Antwort auf Frage 1 wird im zweiten Absatz der letzte Satz ersatzlos gestrichen.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4723.) "Ausbildung zum sektoralen Heilpraktiker im Land Bremen"
(Anfrage der Fraktion der FDP - L 08)
(Vorlage 2631/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2631/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) der Fraktion der FDP „Ausbildung zum sektoralen Heilpraktiker im Land Bremen“ vom 6. Dezember 2018 mit der Maßgabe folgender Änderung zu:
In der Antwort auf Frage 2 wird der erste Satz ersatzlos gestrichen.

- 4724.) "Ungenutzte Flächenreserven für Wohnungsbau in Strom, ein Beitrag zum Überleben der Ortsgemeinschaft und zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2632/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2632/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD mit der Maßgabe folgender Änderung zu:
Die Vorbemerkung vor Frage 1 wird ersatzlos gestrichen.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 4725.) "Erfahrungen mit dem Gesetz zur Behandlungseinleitung bei Infektionen mit übertragbaren Krankheiten durch Dritte"
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
(Vorlage 2633/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2633/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 4726.) "Dachausbau bzw. Dachaufstockung als geringen und abrundenden Zusatzbeitrag im Wohnungsbau nutzen?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2634/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2634/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

- Unter „D. Finanzielle, Personalwirtschaftliche Auswirkungen und Gender-Prüfung“ wird der Satz wie folgt neu gefasst:
„Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Genderbelange werden in der Stadtentwicklung und bei der Erarbeitung von Bebauungsplänen geprüft und fließen in die Umsetzung der konkreten Projekte ein.“
- In der Antwort auf Frage 2 wird im zweiten Satz vor dem Wort „Wohneinheiten“ das Wort „zusätzliche“ eingefügt.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4727.) "Welche Zukunftspläne gibt es für das Gelände des Tanklagers Farge?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2635/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2635/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 4 wird im vierten Satz die Zahl „2010“ ersetzt durch die Zahl „2020“.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4728.) "Ausbau der Oberschule an der Hermannsburg"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - S 08)
(Vorlage 2636/19)

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 22. Januar 2019 aus.

4729.) "Wann kommt das Freiwilligenticket im ÖPNV?"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - S 07)
(Vorlage 2637/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2637/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

- In der Antwort auf Frage 1 werden nach dem Wort „die“ die Worte „Nutzergruppe der“ eingefügt.
- In der Antwort auf Frage 3 wird der erste Satz wie folgt neu gefasst: „Der Senat begrüßt es, wenn Träger von Einrichtungen, die Freiwilligendienstleistende beschäftigen, diesen die Fahrtkosten erstatten.“

4730.) "Cybersicherheit in Bremen"
(Große Anfrage der Fraktion der FDP)
(Vorlage 2638/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 14.01.2019)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 14.1.2019 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 27.11.2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme unter der Maßgabe folgender Änderungen:

- In der Antwort auf Frage 2 wird im dritten Satz das Wort „Schwellwerte“ durch das Wort „Schwellenwerte“ ersetzt und folgender Satz angefügt: „Der Schwellenwert legt fest, ab wann eine Anlage oder Teile davon als bedeutend für die Daseinsvorsorge einzuordnen sind.“
- In der Antwort auf Frage 2 werden im sechsten Absatz, vierter Satz nach der Abkürzung „DDOS“ folgende Worte eingefügt: „(Distributed Denial of Service)“ und nach dem Wort „Angriffen“ die Worte „(d.h. Angriffe auf Webdienste, so dass diese nicht mehr verfügbar sind)“ ergänzt.

4731.) "Fischmehlimporte aus der besetzten Westsahara in Bremen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2639/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2639/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.